66. Jahrgang. № 170. Montag, 10. April 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21,— M., vierteljährlich 63,— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 5.— M. Bei Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. u. Verkäufe 25 %, Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 1 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Restaurant ersten Ranges
22 Waisenhaus-Straße 22
REGINA-PALAST
5-Uhr-Tee — Abend-Konzert
Kapellmeister Heinz Putsche
mit 12 Künstlern
Jeden Dienstag und Freitag vornehmer Regina-Ball

Der Auftakt in Genua.

Die Ankunft der deutschen Delegation.

Unterredung des Reichskanzlers mit de Facta und Schanzer. Das Programm.

Genua, 9. April. Die deutsche Delegation ist unter der Führung des Reichskanzlers Dr. Wirth heute abend 8 Uhr 10 Min. hier eingetroffen. Sie wurde auf dem Bahnhof vom Handelsminister Grafen Rossi, dem Gesandten Depretis vom italienischen Außenministerium, dem Präfekten Vogel und dem Generalsekretär der Konferenz, ferner vom deutschen Botschafter in Rom, Freiherrn von Neurath, und den bereits hier anwesenden Mitgliedern der deutschen Delegation begrüßt. Der italienische Ministerpräsident de Facta wie der Außenminister Schanzer, die ebenfalls zum Empfang nach dem Bahnhof gekommen waren, trafen die deutsche Delegation dort nicht mehr an, da der Sonderzug früher als vorgesehen eingetroffen war. Die beiden Minister fuhren darauf zur Begrüßung nach dem Edenhotel, wo die deutschen Delegierten abgestiegen sind.

Unmittelbar nach der Ankunft vom Bahnhof erschienen im Hotel beim Reichskanzler und dem Außenminister der italienische Ministerpräsident de Facta und der Außenminister Schanzer und hatten mit dem Reichskanzler und dem Außenminister eine längere Besprechung über

das Programm der Konferenz,

die Kommissionsbildung und die zu haltenden Reden. Voraussichtlich wird Reichskanzler Dr. Wirth in der Diskussion das Wort ergreifen. Die Dauer der Konferenz ist für ungefähr 4 Wochen vorgesehen. Während der Osterfeiertage soll die Konferenz durchgeführt werden mit Ausnahme des Ostersonntags, der als Ruhetag angesehen wird.

Die deutsche Regierung wird, wie alle Großmächte, durch fünf Delegierte vertreten sein. Die deutschen Delegierten sind Reichskanzler Dr. Wirth, Außenminister Dr. Rathenau, Finanzminister Dr. Hermes, Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsbankpräsident Havenstein. An der Tafel der deutschen Delegierten werden noch sitzen die Staatssekretäre, Ministerialdirektor Müller, außerdem der bayrische Staatsrat Dr. v. Meinel und der preußische Vertreter, Geheimrat Fellinger. Von den Sachverständigen wird nur eine beschränkte Zahl an der morgigen Eröffnungssitzung teilnehmen. Die Auswahl erfolgt durch die gebildete Sachverständigenkommission. Gebildet werden vier Kommissionen: 1. eine allgemeine Kommission, 2. eine Wirtschaftskommission, 3. eine Finanzkommission und 4. eine Kommission für die Verkehrsfragen. Deutschland wird in allen diesen Kommissionen mit zwei Delegierten vertreten sein.

Lloyd Georges Eintreffen.

Genua, 8. April. Lloyd George ist heute mittag um 12 Uhr in Genua eingetroffen. In der Begleitung Lloyd Georges befinden sich auch seine Frau und seine Tochter. Die italienische Regierung, die hier heute früh eintraf, und die hiesigen Behörden veranstalteten einen großen Empfang. Ministerpräsidenten und Präsident de Facta und die anderen Mitglieder der italienischen Delegation nahmen daran teil. Lloyd George erstattete in kurzen Worten seinen Dank für den Empfang und fuhr darauf im Automobil nach Quarto, wo er Wohnung nimmt.

Die Tischordnung in Genua.

Genua, 9. April. (Spezialbericht des W. T. B.) Gestern abend wurde eine Konferenz zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten de Facta, Schanzer und Lloyd George abgehalten, in der, wie man vernimmt, der Verlauf der morgigen Eröffnungssitzung festgelegt worden ist. Wie verlautet, wird Ministerpräsident de Facta die Eröffnungsrede halten, worauf Lloyd George als Vater der Konferenz antworten und den Antrag stellen dürfte, daß de Facta auch weiterhin die Leitung der Konferenz übernimmt. Die Verteilung der Sitze ist in der Weise geregelt, daß an einem Präsidialtisch die fünf einladenden Mächte, die an der Konferenz von Cannes teilgenommen haben, sitzen werden. Die übrigen Teilnehmer haben ihre Plätze an zwei langen Tischen und sind in alphabetischer Reihenfolge in zwei Gruppen geteilt. Die deutschen Delegierten sitzen am Ende des einen Längstisches zunächst dem Präsidialtisch. Diese Ordnung wurde auf Wunsch der Franzosen durchgeführt, die geltend machten, daß, wenn man die alphabetische Reihenfolge einhalte, Deutschland (Allemagne) an erster Stelle zu sitzen käme.

Die deutsche Reparationsnote in Paris.

Berlin, 8. April. Die deutsche Antwort an die Reparationskommission wird am Montag in Paris sein. Ob sie dem Vertreter des Garantiekomitees in Berlin übergeben und von diesem an die Reparationskommission weitergeleitet oder ob sie von unserem deutschen Vertreter in Paris der Reparationskommission direkt zugestellt wird, war bisher nicht zu erfahren. Die Veröffentlichung des Textes erfolgt, diplomatischem Brauch entsprechend, erst nach ihrem Eintreffen bzw. ihrer Uebergabe in Paris

Abänderungen des Bemelman-Abkommens.

Berlin, 8. April. In den Verhandlungen, die in den letzten Tagen in Berlin zwischen Vertretern des Reichsministeriums für Wiederaufbau und dem Vertreter der Reparationskommission Bemelman stattgefunden haben, hat, wie das Wolffsche Bureau berichtet, das am 27. Februar 1922 paraphierte Sachleistungsabkommen einige wenig bedeutungsvolle Abänderungen, meist redaktioneller Art, erfahren. Deutscherseits ist das Abkommen unter Vorbehalt der Genehmigung der Reichsregierung und der gesetzgebenden Körperschaften paraphiert worden.

Die Angst vor der Kriegsschuldaufklärung im besetzten Gebiet.

Koblenz, 9. April. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete mitgeteilt, daß sie beschlossen habe, für das gesamte besetzte Gebiet alle Vorträge zu verbieten, die sich mit der Schuldfrage am Kriege befassen. Die Organisationen des Deutschen Pfadfinderbundes und der bayrische „Wehrkraftverein" sind im besetzten Gebiete verboten worden, weil diese Vereinigungen einen mehr militärischen als sportlichen Charakter besäßen.

General v. Falkenhayn †.

Berlin, 9. April. Der frühere preußische Kriegsminister und Chef des Generalstabs des Feldheeres General der Infanterie Erich v. Falkenhayn ist am 8. April auf Schloß Lindstedt bei Wildpark gestorben. (W. T. B.)

*

General v. Falkenhayn war eine der markantesten Persönlichkeiten des Weltkrieges, obwohl er in seinen Operationen nicht immer glücklich war. Er gehörte dem märkischen Uradel an und wurde am 11. September 1861 geboren. Im Jahre 1880 trat er in ein oldenburgisches Regiment ein und wurde als Offizier vornehmlich im Generalstab beschäftigt. Drei Jahre brachte er als Militärinstrukteur in China zu und war im Jahre 1900 als Major und Generalstabschef der eigentliche Leiter der deutschen China-Expedition aus Anlaß der Boxerunruhen. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er Oberstleutnant und Bataillons-Kommandeur im Infanterie-Regiment 92, dann Abteilungschef im Großen Generalstab. Als Oberst wurde er zunächst Chef des Generalstabes des 16. Armeekorps und später Kommandeur des 4. Garde-Regiments zu Fuß in Berlin, um als Generalmajor Chef des Generalstabs des 4. Korps in Magdeburg zu werden.

Der Weltkrieg sah General v. Falkenhayn als Generalleutnant an der Spitze des preußischen Kriegsministeriums, wo er hervorragend Gelegenheit fand, seine großen organisatorischen Fähigkeiten in bezug auf die wirtschaftliche Fundierung des Weltkrieges zu entfalten. Als solcher hat er auch den Rathenauschen Plan der Kriegsrohstoffabteilung mit Eifer in Angriff genommen. Sein tragisches Geschick begann jedoch am 14. September 1914, als er, über dessen wirkliche Befähigung die Ansichten in der Armee stark auseinandergingen, zur höchsten Stufe in der Armee emporstieg und als Nachfolger Moltkes die Führung des Generalstabes des Feldheeres übernahm. Tragisch wurde sein Geschick dadurch, daß er trotz bester Absichten und trotz klaren und zielbewußten Wollens vor eine Aufgabe gestellt wurde, der er nicht gewachsen war. Unter ihm begann nach der Marneschlacht der deutsch-französische Wettlauf zur Verlängerung des rechten deutschen Flügels bis zum Meere, der schließlich mit dem verunglückten Umfassungsversuch an der Yser an der Küste endete. Hier hat General v. Falkenhayn den großen Fehler begangen, die mangelhaft ausgebildeten Kriegsfreiwilligen-Regimenter an der entscheidenden Stelle einzusetzen, was zu den bekannten schweren Opfern der begeisterten Formationen führte. Diesen Versuch nicht mit kampfgeübten Regimentern unter Einsetzung der Neuformation an ruhigerer Front unternommen zu haben, ist einer der bedauerlichsten Fehler des Krieges.

Ueber die Richtigkeit der übrigen Maßnahmen des Verstorbenen, insbesondere über sein größtes Unternehmen, die Offensive gegen den stärksten Stützpunkt der französischen Front in Verdun, hat die Militärkritik noch kein abschließendes Urteil gefällt. Mag der Plan an und für sich gut gewesen sein oder nicht, auch hier wieder war das fortgesetzte Anrennen gegen die starken französischen Stützpunkte nach seinem nicht durchschlagenden Anfangserfolg wegen der großen Verluste zweifellos kein Vorteil für uns. Die vielen Reibungen mit dem Oberbefehlshaber Ost trugen auch nicht zur Einheitlichkeit der deutschen Kriegführung bei, und als am 29. August 1916 General v. Falkenhayn von der Leitung der deutschen Operationen zurücktrat, hinterließ er seinem Nachfolger Hindenburg nach den schweren Einbußen der Sommeschlacht, nach der großen Russenoffensive, nach der Kriegserklärung Rumäniens eine Kriegslage, wie sie bedrohlicher und gefahrvoller bis in die Herbsttage 1918 nicht mehr zu verzeichnen war. General v. Falkenhayn war der Riesenlast seines Amtes nicht gewachsen. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Trotzdem war er bei geringeren Aufgaben ein Führer von sehr bedeutenden Qualitäten, und der hervorragend durchgeführte Feldzug in Rumänien wie die späteren Kriegsereignisse haben dem General genügend Gelegenheit gegeben, seine ausgezeichneten Führereigenschaften zu beweisen.

Calonders letzter Vermittlungsversuch.

Genf, 8. April. Gestern nachmittag trafen Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär a. D. Lewald wieder in Genf ein, um an dem Vermittlungsversuch in der Liquidationsfrage teilzunehmen, zu dem Präsident Calonder die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten eingeladen hatte. Dieser Vermittlungsversuch hat heute nachmittag bei Calonder im Hotel Beau Rivage stattgefunden.

Aus einer amtlichen Mitteilung des Völkerbundssekretariats über den Verlauf dieser Zusammenkunft geht hervor, daß Calonder den beiden Bevollmächtigten bestimmte Anregungen unterbreitete mit dem Ersuchen, auf dieser oder auf irgendeiner anderen Grundlage nochmals eine freiwillige Einigung anzustreben und ihm bis Dienstag, den 11. April, abends 6 Uhr einen endgültigen, von beiden Bevollmächtigten unterzeichneten Text zu überreichen, andernfalls wird Calonder, wie bereits angekündigt, am Mittwoch den Schiedsspruch fällen.

Reichstarif-Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Der im Reichsarbeitsministerium tagende Schlichtungsausschuß hat nach dreitägiger Verhandlung einen Schiedsspruch gefällt, der für das 1., 10. und 20. Berufsjahr folgende Jahres-Gesamteinkommen vorsieht: Für Angestellte Gruppe I: 34 600 Mk., 39 500 Mk., 50 200 Mk.; Gruppe II: 36 400 Mk., 42 200 Mk., 55 300 Mk.; Gruppe III: 36 400 Mk., 42 900 Mk., 56 000 Mk. Weibliche Angestellte unterliegen bis zum 7., 14. bzw. 20 Berufsjahre einem Abschlag von 10, 7½ bzw. 5 Proz. Lehrlinge sollen im ersten, zweiten bzw. dritten Lehrjahre 7200, 9000 bzw. 15 000 Mk. beziehen. Die gesetzlich zugelassenen Ueberstunden sind als Pflichtleistung erklärt worden.

Der finanzielle Zusammenbruch der Eisenbahn.

Eine Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Berlin, 9. April. Eine Kommission von Sachverständigen hat auf Wunsch des Reichsverbandes der Deutschen Industrie eine eingehende Denkschrift über die wesentlichsten Ursachen des Zusammenbruches der deutschen Eisenbahnen und über die Möglichkeiten ihrer Gesundung herausgegeben. Es wird festgestellt, daß es den deutschen Staatseisenbahnen während des Krieges gelang, ihre Finanzen in Ordnung zu halten, daß erst im Jahre 1917 die Betriebszahl, das Verhältnis der Bruttoausgaben zu den Bruttoeinnahmen, auf die „ungewöhnliche Höhe" von 89 v. H. stieg, gegen 70 v. H. in der Vorkriegszeit, daß aber erst mit dem allgemeinen Zusammenbruch des Jahres 1918

der finanzielle Zusammenbruch

eintrat. So stieg die Betriebszahl von 89 in 1917 auf 138 in 1918 und auf 172 in 1920. Die Durchschnittsdauer des Wagenumlaufes weist gegen die Friedensleistung eine Verlangsamung um rund 60 Prozent auf; der Kohlenverbrauch ist von 14 auf 22, der Oelverbrauch von 22 auf 38 gestiegen.

Die Ursachen der Verlustwirtschaft führt die Unterbindung im wesentlichen auf folgende Umstände zurück:

1. die mangelhafte Ausnützung des mechanischen Apparates und den stark gesunkenen Verkehr;
2. das übermäßige Anwachsen der Personalbestände und die zu geringe Arbeitsintensität;
3. das zu späte Einsetzen von Tariferhöhungen.

Nachdrücklich weist die Denkschrift darauf hin, daß aus einem vor dem Kriege blühenden, für Preußen das Rückgrat der Staatsfinanzen bildenden Unternehmen ein unwirtschaftliches Gebilde geworden sei, das an der Kreditunwürdigkeit des Reiches nicht zum wenigsten die Schuld trage. Den einzigen Ausweg sieht die Denkschrift in der Ueberführung der Eisenbahnen aus dem Besitz des Reiches in

eine gemeinwirtschaftliche Aktiengesellschaft

mit überwiegender Beteiligung der freien Wirtschaft und unter unbedingter Ablehnung des ausländischen Einflusses auf unser deutsches Eisenbahnwesen.

In großen Zügen gibt die Denkschrift am Schluß einen Grund- und Aufriß der inneren Verwaltung. Sie umfassen alles, wie den Aufbau der Hauptverwaltung, die Reichsaufsicht, das Tarifwesen, Tarifgericht, Bauwesen und Baupolizei. Bei allen Streitigkeiten soll das Reichswirtschaftsgericht entscheiden, bei dem ein besonderer Senat, dessen Mitglieder vom Reichspräsidenten ernannt und je zur Hälfte vom Reichsverkehrsminister und der Reichseisenbahngesellschaft vorgeschlagen werden, für Eisenbahnangelegenheiten zu errichten ist. **Die Beamten genießen einen besonderen Rechtsschutz durch Artikel 129 der Reichsverfassung. Auch die Pensionsansprüche bleiben unberührt. Sämtliche Wohlfahrtseinrichtungen würden zu übernehmen sein. Als Aktienkapital werden 5 Milliarden Mark vorgeschlagen. Den Anteilseignern soll eine mäßige Kapitalabfindung von 6 Prozent gewährt und der ihnen als Träger des Risikos gebührende Gewinn auf die Hälfte beschränkt werden. Für die Uebergangszeit ist mit Betriebszuschüssen zu rechnen. Die Gesellschaft bedarf hierzu und für die Umstellung des Unternehmens eines Betriebskapitals, das die Denkschrift auf 500 Millionen Goldmark schätzt. Außerdem soll das Unternehmen keiner stärkeren steuerlichen Belastung unterworfen werden, als sie die Reichseisenbahnen heute zu tragen haben. Die Abwicklung der alten Schuld mit den Eisenbahnländern soll dem Reiche vorbehalten bleiben.**

Schließlich weist die Denkschrift darauf hin, daß zum Gelingen des vorgeschlagenen Planes die äußerste Anspannung und Arbeitsfreudigkeit aller an dem Eisenbahnunternehmen beteiligten Kräfte notwendig ist. Gelingt die Wiederherstellung des deutschen Verkehrswesens, so wird sie von segensreichem Einfluß auch auf den Wiederaufbau der gesamten deutschen Wirtschaft sein.